

Nein zum Maßregelvollzug im Krankenhaus vom Roten Kreuz in Bad Cannstatt!

An die Betreuungsstadträt*innen für Bad Cannstatt, an die Landtagsabgeordneten für unseren Wahlbezirk, an die Fraktionen des Bezirksbeirats Bad Cannstatt

Außerdem an Minister Manfred Lucha, an den Landesverband des Roten Kreuzes, an den Gemeindepsychiatrischen Dienst und die Stuttgarter Presse

Mit sehr viel Skepsis blicken wir der Planung des Landes entgegen, im ehemaligen Rotkreuzkrankenhaus einen Maßregelvollzug für 80 oder mehr Personen einzurichten. Wir wenden uns in dieser Sache an Sie als die für uns zuständigen politischen Vertreter*innen und als Verantwortliche im Entscheidungsprozess um Ihnen unsere Bedenken und Fragen darzulegen, die unserer Meinung nach im bisherigen Prozess der Kommunikation seitens der Verantwortlichen völlig vernachlässigt wurden.

Einige der zeichnenden Personen dieses Schreibens waren bei der Sitzung des Bezirksbeirats zugegen, bei dem das Projekt vorgestellt wurde. Wir haben gehört, wie alle Fraktionen im Bezirksbeirat aus unterschiedlichen Gründen das Projekt an diesem Standort abgelehnt haben. Leider wurde bei der Veranstaltung weder ein Kriterienkatalog für die Wahl eines solchen Standortes transparent und nachvollziehbar dargelegt, noch wurde auf die Frage eingegangen, ob und ggf. welche alternativen Standorte für das Projekt geprüft wurden. Stattdessen wurde von der Vertreterin des Sozialministeriums darauf verwiesen, dass die Kaufkraft der Mitarbeiter*innen der Klinik für den Einzelhandel in Bad Cannstatt gut sei und dass die kommunalpolitische Frage der Häufung von belastender Infrastruktur in einem Stadtteil für sie als Landesverwaltung nicht relevant sei. Die hier durchscheinende Haltung entspricht unseres Erachtens nicht dem, was notwendig ist, um einen Bürger*innendialog auf Augenhöhe zu führen, was angeblich seitens des Ministeriums angestrebt ist.

Daher drängt sich uns leider der Eindruck auf, dass hier eine vermeintlich günstige Gelegenheit ergriffen wird, bei einem für die Landesregierung drängenden Problem eine schnelle Lösung zu finden und dabei in Kauf zu nehmen, dass diese Lösung Nachteile für die Wohnbevölkerung im betreffenden Bezirk, für die Quartiers- bzw. Stadtentwicklung in Bad Cannstatt und für die potentiellen Patient*innen einer solchen Klinik selbst hat. Der Vorteil der Lösung scheint zu sein, dass sie schnell und ohne viel Einflussnahmemöglichkeiten von anderen Entscheider*innen realisiert werden kann, weil das Gebäude bereits als Krankenhaus genutzt war.

Im Folgenden legen wir Ihnen unsere Bedenken dar, die auch von den Bezirksbeiräten verschiedener Fraktionen geäußert wurden und von denen wir hoffen, dass Sie diese ernst nehmen, sich dazu verhalten und ggf. auch Ihre Haltung zu dem Projekt überdenken.

1. Mindestens 80 Menschen ist eine sehr große Zahl für eine Anlage, die praktisch keinen eigenen Außenbereich hat. Uns ist kein Maßregelvollzug bekannt, der mit so wenig Außenbereich ausgestattet wäre. Und ein Maßregelvollzug ist wohl eine Klinik, jedoch sicher nicht eine Klinik wie jede andere. Wir fragen uns, ob die räumliche Enge die unter vornehmlich jüngeren Männern in

diesem Gebäude ohne Außenbereich zwangsläufig entsteht, eine sinnvolle therapeutische Begleitung überhaupt zulässt.

2. Darüber hinaus ist vom Standort aus fußläufig in kürzester Zeit der Wasen und die im Umfeld befindliche „Alkoholinfrastuktur“ und andere Verkaufsstellen für Drogen zu erreichen. Wir können uns nur schwer vorstellen, dass das ein Umfeld für ehemals Suchtkranke ist, um eine erfolgreiche Reintegration in die Gesellschaft zu unterstützen. Hier sind insbesondere der Cannstatter Wasen zu nennen und auch die Situation am Bahnhof und am Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt sowie die VfB-Spiele und andere Großveranstaltungen mit viel Alkohol- und Drogenkonsum.
3. Der Maßregelvollzug liegt in einem dicht besiedelten innerstädtischen Bereich mit zusätzlich besonders viele Durchgangsverkehr von Fußgänger*innen zu den zahlreichen Einrichtungen städtischer Infrastruktur – diverse Schulen, Sportstätten vor allem in Neckarpark und Besuchermagnete wie die Wilhelma. Damit sind Bewohner*innen und die Patient*innen, bei denen es sich vornehmlich um jüngere Männer handeln wird, dem permanent direkt ausgesetzt – zumal, wie oben erwähnt, der Außenbereich fehlt. Das macht es wohl kaum einfacher, angemessen für die Sicherheit der Anwohner*innen bzw. der Passant*innen zu sorgen.
4. Die Stuttgarter Sicherheitsbefragung 2023 hat ergeben, dass Bad Cannstatt einer der Stadtbezirke mit einem beeinträchtigten Sicherheitsempfinden ist. Wir gehen davon aus, dass das Sicherheitsempfinden in Bad Cannstatt durch die Einrichtung dieser Forensik weiter leiden würde und sich dadurch der Abstand im Sicherheitsempfinden zu anderen Stadtbezirken weiter vergrößert. Wenn die Studie handlungsleitend für Maßnahmen im Stadtbezirk sein soll, geht das unseres Erachtens nicht mit der geplanten Ansiedlung dieser Forensik zusammen.
5. In Bad Cannstatt gibt es bereits viele sozialpsychiatrische Einrichtungen und zahlreiche Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe deren Integration hier schon jetzt geleistet wird – inklusive stationärer Einrichtungen für Drogenkranke. Wir denken, dass auch in Bad Cannstatt ein Kippunkt erreicht werden kann, der die Integrationsleistung über ihre Grenzen führt.
6. Wir fragen uns: Welche alternativen Standorte wurden geprüft und werden weitere gesucht angesichts der offensichtlichen Kompromisse, die der Standort für alle darstellt? Wie sieht es in ruhigeren und damit für die Patient*innen deutlich reizärmeren Stadtbezirken aus mit geeigneten Objekten mit Außenbereich?
7. Wir äußern uns als Initiative Schöne Straße e.V. auch zu diesem Sachverhalt, weil wir uns bereits seit mehr als 25 Jahren für eine Verbesserung unseres Wohnumfeldes in einem bereits schwierigen Umfeld einsetzen. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir diese Arbeit in der Nachbarschaft einer forensischen Psychiatrie weiter sinnvoll leisten können.
8. Für uns passt nicht zusammen, dass die Landesregierung eine Bürgerbeteiligungsstrategie „Quartier 2030“ initiiert hat, dass jedoch bei der Planung von Infrastruktur, die das Leben in einem Quartier nachhaltig beeinflusst, von einer Beteiligung abgesehen wird. Eine Information im Nachhinein über getroffene Beschlüsse entspricht nicht unserer Vorstellung von Beteiligung.
9. Auch Bad Cannstatt als Stadtbezirk braucht Möglichkeiten zur positiven Entwicklung, was aus verschiedenen Gründen ohnehin nicht einfach ist. Wir sehen nicht, dass die Nutzung des ehemaligen Rotkreuzkrankenhauses als Maßregelvollzug die Situation in Bad Cannstatt verbessert – im Gegenteil. Eine Nutzung des Gebäudes zur Wohnraumschaffung wäre in einem Wohngebiet aus unserer Sicht die naheliegendere Lösung und mindestens so notwendig. Zahlreiche andere Nutzungen, auch als Pflegeheim oder Hospiz, wären aus unserer Sicht deutlich leichter integrierbar und auch hier besteht Bedarf. Aus unserer Sicht ist es im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung

notwendig einen Ausgleich der benachteiligten Situation in Bad Cannstatt anzustreben und einen Beteiligungsprozess in der Planung unbedingt in diesem Sinne zu nutzen.

Wir möchten Sie dringend bitten, Ihre Möglichkeiten zu nutzen, unseren Bedenken Gehör zu verschaffen und darauf zu drängen, dass diese Fragen beantwortet werden und am Ende unter Umständen sogar eine Lösung gefunden wird, die für alle Beteiligten eine bessere Lösung ist.

Sehr gerne stehen wir auch für ein Gespräch bereit. Wir freuen uns, wenn Sie auf uns zukommen oder behalten uns vor, Ihre Sprechstunden für eine Kontaktaufnahme unsererseits zu nutzen. In jedem Fall sind wir auf Ihre Antwort gespannt.

Mit freundlichen Grüßen

Die Mitglieder der Initiative Schöne Straße e.V. und weitere Anwohner*innen des Seilerviertels und der Badstraße.